Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

241 (14.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 241 | Freitag, den 14. Oktober 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Einberufung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz ist für die zweite Hälfte des Novembers in Aussicht genommen worden.

*

Das Defizit im ordentlichen Reichshaushalt belief sich Ende August auf 1278,4 Millionen RM.

*

Im ganzen Reich wurden auf Veranlassung des Oberreichsanwalts Geschäftsräume kommunistischer Organisationen nach hochverräterischen Schriften durchsucht.

*

Durch Verordnung des Reichspräsidenten wird die Verwendung von Kartoffelstärkemehl bei der Verarbeitung von Roggenmahlerzeugnissen zugelassen.

*

Im Verfassungsstreitverfahren Preußen-Reich wurde die staatsrechtliche Auseinandersetzung über die Anwendung des Artikels 48 fortgesetzt.

*

Zwischen Herriot und Sir John Simon fand in London eine Besprechung über die Abrüstungsfrage statt.

*

In den geheimen Verhandlungen des 14gliedrigen Ausschusses für die Neubildung der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats ist am Donnerstag eine Einigung der Mächte über die Umbildung des Sekretariates herbeigeführt worden, die alle deutschen Wünsche unberücksichtigt läßt und sich in ihren Auswirkungen gegen Deutschland richtet.

*

Londoner Meldungen aus Bulgarien zufolge ist in Südbulgarien ein kommunistischer Aufstand ausgebrochen.

*

Der „Vorwärts" bringt einen Aufruf der Sozialdemokratie, in dem der Reichskanzler außerordentlich scharf angegriffen wird.

*

Hugenberg begann am Donnerstag seinen Wahlkampf mit einer Rede in Stendal; die N.S.D.A.P. hielt in Nordbayern 3 Hitler-Versammlungen ab, u. a. sprach Hitler in Nürnberg.

Die geplanten Milderungen der Notverordnung

Berlin, 13. Okt. Der Reichsarbeitsminister hat die Gewerkschaften und die Spitzenverbände der beteiligten Organisationen für den kommenden Samstag zu einer Besprechung eingeladen über die Milderungen der durch die Notverordnung vom 16. Juni 1932 erfolgten Rentenkürzungen, sowie über die Erhöhung der Sätze in der Arbeitslosenversicherung für die Wintermonate zu verhandeln.

Wie die „Kreuzzeitung" berichtet, wird die Erhöhung der Sätze in der Arbeitslosenversicherung in der Weise gedacht, daß man einen besonderen Winterzuschlag einführt, der auf die Monate November 1932 bis März 1933 beschränkt bleibt und dessen Höhe nach dem Familienstand gestaffelt wird. Weiter soll eine Reihe von Härten ausgeglichen werden. Auch für die Krankenversicherung denkt man an eine beschränkte Wiedereinführung der Mehrleistungen, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 unterbunden wurden. In der Unfallversicherung erwartet man eine Beseitigung derjenigen Härten, die sich durch die Bestimmungen der Notverordnung vom 14. Juni ergeben, nach denen alle Renten aus der Zeit vom 1. Juli 1927 bis zum 31. Dezember 1931 um 15 Prozent, die Renten für alle übrigen Unfälle um 7,5 Prozent vermindert werden. Das Ergebnis dieser Besprechungen mit den Vertretern der Gewerkschaften wird Mitte der kommenden Woche Gegenstand einer Kabinettsberatung sein.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger

Verein deutscher Zeitungsverleger an den Reichspräsidenten

Berlin, 13. Okt. Die zur Zeit hier tagende Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger hat an den Reichspräsidenten ein Begrüßungstelegramm gerichtet, in dem der Verein gelobt, auch fernerhin darüber zu wachen, daß die deutsche Presse den geistigen Zusammenhang des deutschen Volkes aufrecht erhält, und sein möglichstes zu tun zur Ueberwindung der Gegensätze und Gehässigkeiten, die gegenwärtig als Folgen der Not und Sorgen das deutsche Volk zerspalten und die Aufbauarbeit erschweren.

Reichspräsident von Hindenburg antwortete mit folgendem Telegramm:

Das Begrüßungstelegramm der zur Hauptversammlung in Berlin vereinigten deutschen Zeitungsverleger und ihr Gelöbnis, im Widerstreit der Tagesmeinungen stets die Nation als das große gemeinsame Ziel im Auge zu behalten, haben mich aufrichtig erfreut. Ich erwidere Ihre Grüße mit den besten Wünschen für Ihre in diesen Notzeiten besonders verantwortungsvolle und schwierige Arbeit.

(gez.) von Hindenburg, Reichspräsident.

Mächte-Einigung gegen Deutschland!

Deutschlands Einfluß in Genf soll noch vermindert werden.

T.U. Genf, 13. Okt. In den streng geheim geführten Verhandlungen des 14gliedrigen Ausschusses für die Neubildung der politischen Leitung des Völkerbundssekretariates ist jetzt im großen eine endgültige Regelung gefunden worden, die in keiner Richtung den deutschen Interessen entspricht. Die Vereinbarung geht grundsätzlich dahin, daß in Zukunft neben dem Generalsekretär zwei stellvertretende Generalsekretäre und drei Untergeneralsekretäre aufgestellt werden sollen. Von diesen sechs Posten werden fünf den Vertretern der Großmächte und einer von dem Vertreter einer kleineren Macht besetzt. In internationalen Kreisen wird jetzt mit der Ernennung des Franzosen Avenol zum Generalsekretär bereits als Tatsache gerechnet. Der letzte Versuch von deutscher Seite, eine Einschaltung des deutschen Untergeneralsekretärs in die politische Leitung eines Turnus herbeizuführen, indem die drei Untergeneralsekretäre abwechselnd den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs besetzen sollen, ist im Ausschuß von einer großen Mehrheit abgelehnt worden.

Die jetzige Neuregelung bedeutet eine Einigung zwischen England, Frankreich und Italien mit den kleineren Mächten, über den Kopf der deutschen Vertreter hinweg. Deutschland ist überhaupt nicht zugezogen worden. Der deutsche Einfluß würde sich im Völkerbundssekretariat nach dieser Regelung gegenüber dem bisherigen Zustand sogar noch verschlechtern. Der deutschen Regierung bleibt immer noch das Recht, die Zustimmung zu der Ernennung des Franzosen Avenol zum Generalsekretär zu verweigern, wodurch infolge der Einstimmigkeitsbestimmungen die Ernennung unmöglich gemacht würde.

*

Deutsche Agrarbeschwerde wieder vertagt

T.U. **Genf,** 13. Okt. In der Sitzung des Völkerbundsrates teilte der Berichterstatter für die Minderheitenfragen, der japanische Botschafter Nagaoka mit, daß der vom Völkerbundsrat unter seinem Vorsitz eingesetzte Dreierausschuß, dem die italienischen und englischen Kronjuristen Pilotti und Malkin angehören, trotz eingehender Beratungen in Genf und Paris im Mai nicht in der Lage gewesen war, die Arbeit über die Agrarbeschwerden des Deutschtums in Polen abzuschließen. Er beantragte, diese Frage auf die Ratstagung vom 14. November zu verschieben. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Zu diesem Vertagungsentschluß wird von deutscher Seite darauf hingewiesen, daß der Dreierausschuß in der deutschen Regierung den Entwurf des Berichts bald überreichen wird. Da es sich hierbei um die weittragende Frage der Entwurzelung des deutschen Grundbesitzes in den abgetretenen Gebieten handelt, so ist dringend eine sorgfältige Prüfung und Vorarbeit des Berichts erforderlich. Da die Arbeiten des Dreierausschusses infolge des umfangreichen Materials bisher nicht abgeschlossen werden konnten, ist von deutscher Seite dem Vertagungsvorschlag des japanischen Berichterstatters zugestimmt worden. Die deutsche Abordnung wird selbstverständlich bis zu der nächsten Ratstagung eingehend prüfen, ob der Bericht des Dreierausschusses die für die deutschen Interessen notwendigen Bestandteile enthält. Unter keinen Umständen wird von deutscher Seite auf wichtige Punkte verzichtet werden. Sollte sich jedoch ergeben, daß der kommende Bericht des Dreierausschusses nicht den deutschen Interessen entspricht, so wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß sodann eine Anrufung des Internationalen Haager Gerichtshofes erforderlich wird.

*

Gescheiterte Offensive des Polenbundes in Genf

Genf, 13. Okt. Der Völkerbundsrat erledigte im weiteren Verlauf seiner Beratungen die Beschwerden des Polenbundes über die angebliche Bedrückung der polnischen Minderheit durch die deutschen Behörden. Der Rat nahm einstimmig den Bericht des japanischen Ratsvertreters an. Darin wird zunächst festgestellt, daß die Mehrzahl der in der Beschwerde erwähnten Einzelfälle in den Landesteilen Braunfeld spielen, für die Deutschland minderheitsrechtliche Verpflichtungen internationaler Art überhaupt nicht übernommen hat. Hinsichtlich des noch verbleibenden Restes der von der Minderheit vorgebrachten Fälle stellt der Bericht fest, daß diese Beschwerden von so geringer Bedeutung sind, daß ihre unmittelbare Behandlung durch den Völkerbundsrat nicht gerechtfertigt sei. Der polnische Außenminister Zaleski mußte zugeben, daß der Polenbund mit dem Versuch, Vorkommnisse außerhalb Oberschlesiens zum Gegenstand einer Klage beim Völkerbund zu machen, seine Kompetenzen überschritten habe.

Abrüstungskonferenz erst im November

Genf, 13. Okt. Die Mitglieder des Büros der Abrüstungskonferenz traten zu einem Gedankenaustausch über die künftige Arbeit der Konferenz zusammen und beschlossen, die Einberufung des **Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz für die zweite Hälfte des Novembers in Aussicht zu nehmen.**

20prozentige Gehaltskürzung in Genf

Genf, 13. Okt. Der Unterausschuß des Budgetausschusses beschloß, daß der Generalsekretär künftig 140 000 Schweizer Franken, der stellvertretende Generalsekretär 85 000 Franken und die Untergeneralsekretäre 70 000 Franken Gehalt beziehen sollen. Das würde gegenüber den jetzigen Gehältern eine Herabsetzung um etwa 20 Prozent bedeuten. Aus den so gewonnenen Ersparnissen soll der neue Posten des zweiten stellvertretenden Generalsekretärs finanziert werden.

Die engl.-französischen Besprechungen

Ein britischer Plan zur „Vereinfachung" des französischen Sicherheitsplanes

London, 13. Okt. Am Donnerstag begannen in London die Besprechungen mit Herriot. Man darf annehmen, daß man auf den französischen **Sicherheitsplan Herriots** in London nicht ganz unvorbereitet ist. Es steht fest, daß wegen der ablehnenden Haltung der englischen öffentlichen Meinung keine britische Regierung neue Bindungen auf dem Kontinent eingehen kann. Deshalb scheint man auf britischer Seite einen Plan ausgearbeitet zu haben, der als „Vereinfachung" des allgemeinen französischen Planes bezeichnet wird. Danach könnte den französischen Sicherheitswünschen entsprochen werden erstens durch eine Erklärung im Rahmen des Kellogg-Paktes, an der sich nicht nur Großbritannien sondern auch Amerika beteiligen würden; zweitens durch ein Kontinental-Protokoll in dem nur die Kontinentalmächte Verpflichtungen bezüglich des Angreifers usw. übernähmen, während Großbritannien sich nicht daran beteiligen würde. Als Gegenleistung würde nach britischer Auffassung Deutschland grundsätzlich Gleichberechtigung zugesprochen werden müssen und Frankreich würde sich verpflichten, in beträchtlichem Maße abzurüsten.

*

Die englisch-französischen Besprechungen in London

London, 13. Okt. Das amtliche Communique, das nach den englisch-französischen Besprechungen des Vormittags ausgegeben wurde, besagt lediglich: Ueber die Schwierigkeiten, die hinsichtlich der neuen Entwicklung der Abrüstungsfrage aufgetaucht sind, haben in Downingstreet zwanglose Besprechungen zwischen Ministerpräsident Herriot, Sir John Simon und dem französischen Botschafter stattgefunden. Sie werden heute nachmittag fortgesetzt werden. Die Abreise Herriots aus London ist auf Freitag nachmittag festgesetzt.

*

Herriot legt seinen Standpunkt zur Gleichberechtigungsfrage dar.

T.U. **London,** 13. Okt. Nach der „Evening News" war die erste Besprechung zwischen Macdonald und Herriot am Donnerstag vormittag mit Ausführungen Herriots ausgefüllt, der den französischen Standpunkt zur deutschen Gleichberechtigungsforderung darlegte. Die englische Regierung habe den Wunsch, so schreibt das Blatt, den französischen Empfindlichkeiten in dieser Frage Rechnung zu tragen.

*

Die Besprechungen Herriot-Macdonald. — Optimismus in London?

T.U. **London,** 13. Okt. Die Besprechung zwischen Macdonald und Herriot wurde am Donnerstag fortgesetzt. Sie wird am Freitag vormittag wieder aufgenommen werden. Die Abreise Herriots ist auf Freitag 17 Uhr festgesetzt worden.

Die Aussprache Herriot-Macdonald trug, wie von englischer Seite betont wird, nicht den Charakter von Verhandlungen, bei denen von einer Seite ein fester Vorschlag zur Erörterung gestellt worden sei. Man habe sich bemüht, Mittel und Wege zu finden, wie man die ins Stocken geratenen Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang bringen könne. Auf englischer Seite ist man der Ansicht, daß die Schwierigkeiten nicht eher beseitigt werden könnten, als bis ein offener Meinungsaustausch der wichtigsten Regierungen stattgefunden habe. Dieser falle auf keinen Fall in den Tätigkeitsbereich des Völkerbundes oder der Abrüstungskonferenz. Die englische Politik lege größten Wert darauf, daß der gute Wille und das Vertrauen wieder erweckt würde und hoffe, daß nicht nur die großen Mächte (England, Deutschland, Frankreich und Italien), sondern auch die kleineren Länder zum Zeichen ihres guten Willens und ihres Vertrauens zu Verhandlungen bereit seien. Nach Lage der Dinge bestehe für die englische Regierung kein Grund, ihre Einladung zu einem Meinungsaustausch zurückzuziehen oder abzuändern.

*

Verbindung Macdonalds mit Berlin? — Gerüchte in London.

T.U. **London,** 13. Okt. In London liefen am Donnerstag Gerüchte um, daß Macdonald die Verbindung mit Berlin habe aufnehmen lassen, um sich über die Stellungnahme der Reichsregierung zu einer Reihe von noch zur Erörterung stehenden Fragen, den Platz der Konferenz usw. zu unterrichten. Eine Bestätigung oder ein Dementi dieser Gerüchte war nicht erhältlich.

Es wird energisch bestritten, daß Macdonald einen fix und fertigen Plan habe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Preußens Klage vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 13. Okt. Bei Beginn des vierten Verhandlungstages warf der Vorsitzende Dr. Bumke die Frage nach der Dauer der Verhandlung auf. Er habe die Hoffnung und den Wunsch, daß diese Verhandlung am Freitag abend beendet werden könnte, bis auf die später erfolgende Verkündung des Spruches des Gerichtshofes. Noch zu erledigen seien die Voraussetzungen und Befugnisse des Reichspräsidenten aus Artikel 48 Absatz 2 (Maßnahmen gegen die Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit) sowie die große Frage der Nachprüfbarkeit von Maßnahmen, die der Reichspräsident auf Grund von Artikel 48 Absatz 1 oder 2 getroffen hat. Mit dem preußischen Beweisantrag über die Zeugenvernehmung des Reichskanzlers sowie Hitlers, des Herrn von Gleichen usw., der als Eventualantrag gilt, würde sich der Staatsgerichtshof noch beschäftigen. In den fortgesetzten Erörterungen über die **Befugnisse des Reichspräsidenten** und der Möglichkeit der Reichsexekutive (Artikel 48 Absatz 1) kam Professor **Bilfinger-Halle als Vertreter der Reichsregierung** zum Wort. Professor Bilfinger behandelte die wichtige Frage, ob die kommissarische Regierung Vertreter in den Reichsrat entsenden könne. Wenn man, wie Baden in seinem Schriftsatz (im Gegensatz zu Bayern) auf dem Standpunkt stehe, daß die parlamentarische Grundlage und der Zwang, bei einem Mißtrauensvotum zu demissionieren erst eine Landesregierung zu einer vollgültigen mache, dann sei der Reichsrat auch heute schon ungesetzlich zusammengesetzt. Denn dann könnte man auch nicht die geschäftsführenden Regierungen der Länder als stimmberechtigt anerkennen. Professor Bilfinger bezeichnete das Verhältnis zwischen Land und Reich als eine innige Verflechtung der Interessen und sagt, daß man dieses Verhältnis nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Gegensätzlichen zwischen Reich und Land betrachten dürfe. Das Entscheidende sei, daß die preußische kommissarische Regierung eine Landesregierung geworden sei und der Einfluß des Reiches sich ihr gegenüber auf die Ernennung des Kommissars und auf das Recht zu seiner Abberufung beschränke. Eine Teilung zwischen kommissarischer Regierung, die die Regierungsgeschäfte führt, und Staatsminister, die das Land im Reichsrat vertreten, sei ebenso ausgeschlossen, wie das etwaige Ruhen der preußischen Stimme, das den Reichsrat zum Rumpfparlament machen würde.

Professor **Nawiasky-München** betonte, daß die Reichsregierung bei ihrem Vorgehen gegen Preußen das bundesstaatliche Fundament des Reiches außer acht gelassen habe. Den Kern des Prozesses kennzeichnete Professor Nawiasky dahin, daß es sich für Preußen um die Wiedererlangung einer verlorenen Rechtsposition, für Bayern und die anderen Länder um die Abwehr einer bedrohten Rechtsposition und auf der anderen Seite für das Reich um die Verteidigung einer tatsächlich gewonnenen Machtposition handelt, die nun legalisiert werden soll. Es sei nicht richtig, daß die Schöpfer der Weimarer Verfassung daran gedacht haben, dem Reichspräsidenten eine überragende Stellung einzuräumen. Man wollte gerade die Möglichkeit eines persönlichen Regiments ausschalten.

Als Professor Heller für die sozialdemokratische Landtagsfraktion den Vorsitzenden bittet, die Vertreter der Reichsregierung zu einer klaren Stellungnahme darüber zu veranlassen, welches denn die tatsächlichen Gründe für das Vorgehen gegen Preußen seien, weist Dr. Bumke auf die von ihm verlesenen Schriftsätze des Reiches hin. Professor Heller: Jetzt endlich wissen wir aber, wogegen wir uns zu wehren haben. Das Reich vertritt die anmaßende Auffassung, als ob die Länderminister nur die politische Meinung haben dürften, die der Reichsregierung genehm ist.

Dann äußert sich Ministerialdirektor Dr. Brecht ausführlich über die vom Vorsitzenden als wesentlich bezeichneten Fragen. Er hebt hervor, daß grundsätzlich eine normale Landesregierung nur von der zuständigen Landesinstanz eingesetzt und abberufen werden könne. Als unhaltbar bezeichnet Brecht, daß die Reichsregierung ihr Vorgehen auf die bloße Tatsache der Zugehörigkeit von Braun und Severing zur SPD. gründen wolle.

Bei Eröffnung der Nachmittagssitzung teilt Präsident Dr. Bumke mit, der Staatsgerichtshof habe sich mit dem **Beweisantrag der preußischen Vertretung** beschäftigt, wonach u. a. der Reichskanzler und der Reichswehrminister gehört werden sollen zum Nachweis dafür, daß in einer Vereinbarung mit Hitler das Vorgehen gegen Preußen festgelegt wurde. Der Staatsgerichtshof, so sagte der Präsident, hat sich die Entschließung über diesen Antrag noch vorbehalten. **Der Staatsgerichtshof wünscht noch Erläuterungen zu der von Ministerialdirektor Gottheiner bekanntgegebenen Erklärung der Reichsregierung**, in der es hieß, daß eine Verabredung des Reichskanzlers mit Herrn Hitler über das Vorgehen gegen Preußen nicht getroffen ist. An einem Kaiserwort, so sagt Präsident Dr. Bumke, soll man weder drehen noch deuteln. Dasselbe dürfte von einem Reichskanzlerwort gelten; aber es wäre doch wohl zweckmäßig, wenn ausdrücklich bestätigt werden könnte, daß, wenn es heißt, eine Verabredung des Reichskanzlers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen, das sowohl umfaßt etwaige Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler unmittelbar wie auch mittelbar, und ich halte ebenso dafür, daß diese Erklärung auch bedeuten soll, daß solche Vereinbarungen auch nicht stattgefunden haben von seiten des Reichskanzlers vor Uebernahme des Reichskanzleramts.

Ministerialdirektor Dr. Brecht: Ich darf wohl um die Feststellung bitten, daß es ebenso gilt, daß an einem Wort des preußischen Ministerpräsidenten oder preußischen Ministers nicht zu deuteln ist.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner: Ich darf nochmals hervorheben, daß der Tatbestand, den wir angegeben haben (Zugehörigkeit von Braun und Severing zur SPD. bezw. das Verhältnis der SPD. zur KPD.) neben der allgemein überaus gespannten Lage und neben anderen Einzeltatbeständen mit zu den Maßnahmen vom 20. Juli Veranlassung gegeben haben. Das Wort Schuld, soweit es in diesem Zusammenhang verwendet wurde, soll aber nicht den strafrechtlichen Begriff in sich schließen. **Die Verordnung vom 20. Juli ist als eine vorübergehende Maßnahme gedacht und nicht auf die Dauer berechnet.** Wie die Reichsregierung und der Reichskanzler wiederholt ausgesprochen haben, ist es der dringende Wunsch der Reichsregierung, den gegenwärtigen außerordentlichen Zustand durch einen normalen Zustand baldigst ersetzt zu sehen.

Reichsgerichtspräsident Dr. **Bumke** legte der Vertretung der Reichsregierung nahe, im Laufe des Verfahrens etwas näheres über die Frage zu sagen, ob damit gerechnet werden könne, daß in einer abschbaren Zeit das preußische Reichskommissariat ein Ende findet, ob man schon näheres darüber sagen könne, welche Voraussetzungen insbesondere im preußischen Landtag in der Frage der Regierungsbildung eintreten müßten, ehe man sich zu einer Aufhebung der Verordnung entschließen kann.

Ministerialdirektor Dr. **Gottheiner** behält sich eine Stellungnahme zu den Anregungen des Vorsitzenden vor und äußert über die Frage der Beamtenernennungen: Ich habe bereits früher einmal ausgeführt, daß nach Auffassung der Reichsregierung die kommissarische Landesregierung in Preußen ungeachtet ihres provisorischen Charakters berechtigt ist, Maßnahmen mit dauernder Wirkung vorzunehmen, daß sie für sich mindestens das gleiche Recht und die gleichen Befugnisse beansprucht, wie sie einer geschäftsführenden Regierung, die ja auch nur provisorischen Charakter hat, zustehen.

Es beginnt nunmehr die **Erörterung von Absatz 2 zu Artikel 48**, der von der **Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit** handelt. Präsident Dr. Bumke macht auf die preußische Auffassung aufmerksam, die dahin geht, daß es dem Reich nicht auf die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ankam weil das Reich nur in Preußen eingegriffen habe, obwohl auch in anderen Staaten die Ordnung gleichermaßen gestört gewesen wäre. Auch besage die preußische Stellungnahme hierzu, daß die Reichsregierung selbst an der Störung der Ordnung und Sicherheit die Schuld trage wegen Aufhebung des Uniformverbots. Der Vorsitzende Dr. Bumke betonte weiter, ihm liege daran, Klarheit darüber zu gewinnen, inwieweit eine Gewaltenteilung praktisch durchführbar sei.

Tages-Anzeiger

Freitag, den 14. Okt.

Bad. Landestheater: „Schneider Wibbel", 20—22¼ Uhr.
Stala-Tonfilm-Theater: „Das Lied einer Nacht". 7 und 9 Uhr.
Union-Theater: „Es geht um alles", 7 und 9 Uhr.
Lamm: Oeffentliche Versammlung der K.P.D. Durlach, 8 Uhr.

Papens ideelle Hintergründe

Am Mittwoch nachmittag hielt Reichskanzler von Papen im Akademischen politischen Klub Münchens eine Ansprache über die „ideellen Hintergründe" seiner Politik. Gegen das reine Machtstreben der Parteien und ihrer utopisch-demagogischen Zielsetzung grenzte er, so wird berichtet, eine wahrhaft konservative Staatsführung ab, die auf Erkenntnis der ewigen Grundwahrheiten des Lebens beruhe. Ziel seiner auswärtigen Politik sei ein harmonisches Zusammenwirken der verschiedenen Kulturvölker unter Anerkennung ihrer Eigenart. Dieses Ziel bedinge aber die Abweisung aller Versuche, die Welt in den starren Banden unabwendbarer Verträge zu halten. Als sein Ziel in der Innenpolitik bezeichnete der Kanzler die Herstellung einer neuen **dauerhaften Verbindung zwischen Regierung und Volkswillen.** Er hob besonders die Rolle der **Jugend** bei dieser Neugestaltung des Staatslebens hervor. Die Arbeit, die sie bisher in ihren Bünden und Vereinen größtenteils im Gegensatz zum Staat geleistet habe, wolle die Reichsregierung jetzt in den Schutz des Staates nehmen. Ein Staat könne den Anspruch erheben, daß auch die Jugend ihre Zielsetzungen nach ihm einrichte, ohne daß er ihr Eigenleben vergewaltige. Die Aufgabe der deutschen Bildung sei weder in volksfremder Geistigkeit oder anarchischem Individualismus noch im Untertauchen in kollektive Massenbewegungen zu erfüllen. Die deutsche Kultur müsse ihre christliche Grundlage wiederfinden. Auch in Zukunft werde das freie Individuum seine Bedeutung behalten. — Abends fuhr der Kanzler nach Berlin zurück.

Blutige Kämpfe auf der Philippineninsel Jolo

Erdbeben während des Kampfes im Urwald.

T.U. **New-York**, 13. Okt. Wie aus Manilla gemeldet wird, umzingelten 60 Polizeibeamte unter amerikanischer Führung auf der Philippineninsel Jolo im Sulu-Archipel die Schlupfwinkel des berüchtigten Moro-Stammes im Urwalde, der sich dorthin mit Frauen und Kindern zurückgezogen hatte, nachdem 24 Polizeibeamte aus Hinterhalten niedergeschossen worden waren.

Nach einem achtstündigen Kampf mit dem Moro-Stamm wurden über zehn Eingeborene, sowie ein Polizeibeamter getötet. Die Schrecken des Urwaldkampfes wurden durch ein Erdbeben vergrößert, das während des Kampfes stattfand. Die Polizei setzt ihre Bemühungen fort, um den unbotmäßigen Eingeborenenstamm der Moros zum Gehorsam zu zwingen und die Insel Jolo von Banditen zu säubern.

Ein Deutscher zum Präsidenten der internationalen eugenischen Organisationen ernannt.

Universitätsprofessor Dr. Ernst Rüdin-München, Vorstand der deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie am dortigen Kaiser-Wilhelms-Institut, wurde in New-York zum Präsidenten der internationalen Vereinigung eugenischer Organisationen gewählt. Diese Organisationen beschäftigen sich mit der wissenschaftlichen Rassen- und Stammeshygiene, für die Prof. Rüdin seit vielen Jahren als erste Kapazität gilt.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.)

42)

Toni sah ihn schräg von unten her an. Er stand im Lichte der Sonne. Sein brauner, gegerbter Körper war umflossen und nachgezeichnet von hellen Tönen.

„Ich gehe schon . . ." sagte das Mädchen mit merkwürdig müder Stimme.

Die Kofferklappen schnappten ein, Toni richtete sich auf, ging mit kleinen, raschen Schritten an dem wütenden Cerberus vorüber. Früher sagte sie immer „Behüt Gott", wenn sie abends das Haus verließ, heute sagte sie auf kühl nordische Art „Guten Abend".

Kerkhoff brummte etwas, das ein Dank oder auch eine Verwünschung sein konnte. Als sich die Tür hinter der Gehenden geschlossen hatte, zischte er, die Fäuste ballend: „Diese Sippschaft! Diese Verräterbande!"

Ohne sich dessen bewußt zu sein, lag er mit sich selber im Streit. Und dieser rauhe Ton gegen seine Wohltäterin war nichts, als eine Abwehrmaßnahme. Es hätte auch anders kommen können: Ein sanftes Anfachen nur der kleinen Flamme erwachender Sinnlichkeit — und Toni Geislinger wäre noch in dieser Stunde ihm zu eigen geworden, weniger aus Liebe, vielmehr aus Trotz gegen Ursula Josephy! Und dann hätte sich Kerkhoff mit einordnen können in die von ihm geschmähte „Verräter-Sippschaft" . . .

Kurze Zeit später schlug er den Weg zum Gasthof ein. Heute wollte er einen über den Durst trinken und bis tief in die Nacht hinein sitzen bleiben. Vielleicht gab es eine hübsche kleine Rauferei, bei der man Partei ergreifen und dreinschlagen konnte . . . Dann Gnade Gott demjenigen, der diesem sonst so friedlichen Menschen unter die Fäuste geriet . . .!

XXVII.

Vor dem nächsten Tage fürchtete sich Kerkhoff. Er ahnte dunkel, daß er ein Markstein in seinem Leben werden würde.

Trotz brummendem Schädel — den Nachwehen der Zecherei vom vergangenen Abend — stürzte er sich gleich am Morgen kopfüber in eine große Arbeit, die er immer wieder aufgeschoben hatte: Die Aufstellung einer Rentabilitäts-Kalkulation für seine Erfindung, wenn sie serienmäßig von einer Münchener Bahnbedarfsfabrik hergestellt wurde.

Das gab lange Ziffernkolonnen und krause Berechnungen mit all dem Formelwust, den ein Ingenieur im Kopfe haben muß. Mehr als einmal warf Kerkhoff die Feder weg, schaute versonnen zum Fenster hinaus. Von hier aus konnte er die oberen Terrassen des Kaisergebirges gut sehen. Sie präsentierten sich im Glanze des schimmernden Augusttages und boten wieder ein anderes Bild, als etwa vom Fenster des Untersuchungsrichters in Kufstein aus betrachtet . .

Ach, da war der Rechner schon wieder mitten drin im Geschehen der jüngsten Zeit!

Die Untersuchungshaft — wie eine Ewigkeit war sie ihm erschienen. Und nun, wieder in Freiheit, diesem höchsten Glückszustand eines Menschen, fand er doch weder Ruhe noch Freude! Nur einmal die Arbeit, die größte Trösterin aller Zeiten, vermochte ihn zu fesseln und zu entschädigen.

O, wenn man mit einem Federstrich oder mit einem Radiergummi die lästigen, quälenden Gedanken tilgen könnte!

Wieder setzte sich Kerkhoff an den Schreibtisch. Ein paar Additionen gelangen ganz hübsch, auch die Zigarre schmeckte, solange sie noch nicht bis zur Hälfte aufgeraucht war. Minutenlang hielt die Konzentration an. Dann störte der Postbote. Er brachte Fachzeitschriften und einen Brief von der Berliner Zentrale. Froh über die Ablenkung, erbrach ihn Kerkhoff.

Ein neues Stück Arbeit in Aussicht! Bravo!

Ein kleines Nest bei Villach, hart an der jugoslavischen Grenze, wünschte seine Turbinenkraftstation auszubauen. Von Berlin aus beauftragte man hiermit den Münchener Vertreter mit der Angelegenheit.

Kerkhoff griff zur Karte. Aber mehr noch, als das Dörfchen, interessierte ihn das Gebirge. Karawanken! Und dort — kaum zwanzig Kilometer weiter südlich — der Triglav! 2864 Meter!

Der Ingenieur geriet ins Sinnen. Alte, immer wieder zurückgestellte Sehnsüchte erwachten, Sehnsüchte, die diesen königlichen Berg umkreisten, wie der Adler seinen Horst.

Da war die Triglav-Nordwand . . .

Wem es vergönnt wäre . . .

Kerkhoff schleuderte seine Zigarre durch das offene Fenster in den Bach. Mit einer Handbewegung wischte er alle Berge der Welt fort und setzte sich wieder, den Brief in die Rocktasche steckend, an seinen Schreibtisch. Schon eine oberflächliche Summierung ergab — auf die Jahresproduktion berechnet — einen ansehnlichen Reingewinn. Davon die Prozente für den Erfinder — — sauber, wirklich befriedigend!

Aber dann ging das Elend wieder an. Und diesmal toller, als zuvor. Zahlen und Prozente verblaßten. . .

Da war ein Sarg. Und ein Priester sprach von den Freuden und Hoffnungen eines jungen Menschen, aber die Berge, die mörderischen Felsen, waren neidisch auf das blühende Leben. Sie öffneten sich zu einem gewaltigen Schlund und verschlangen das Leben mit all seinen Hoffnungen, mit seinem Lieben und Hassen — —

Und Blumen sah Kerkhoff, eine erdrückende Fülle von Blumen. Aber er vermißte die Leidtragenden. Nur ein paar von den wettergebräunten, herrlichen Gestalten der einheimischen Bergführer. Die hielten die verbeulten, verblichenen Hüte in den Händen und streuten große, silbersternige Edelweißblüten auf den Sarg im offenen Schoß der Erde.

Und noch jemand stand dabei, nein — ihrer zwei waren sie . . . Zwei Frauengestalten, schwarz von Kopf bis Fuß. Sie preßten weiße Tüchlein an verweinte Augen und auf den zuckenden Mund, um die Laute des Schmerzes zu ersticken . . .

Kerkhoff sprang auf, knallte den Federhalter auf den Tisch. Diese wütende Geste zerriß die Vision, die selbst in der hellen, siegreichen Nachmittagssonne bestehen konnte.

„Jetzt fahr ich nach Kufstein!" schrie es aus ihm heraus. Und leiser, grimmiger: „Will doch sehen, ob sie dort ist — —"

„Sie" — das war Ursula . . .

Natürlich könnte er sich lebhaft denken, daß sie zum Begräbnis fahren würde. Aber der Gedanke genügte ihm nicht. Seine Augen, diese falkenscharfen Seher, wollten sich überzeugen! Sie mußten den Beweis haben, und wenn es zehnmal ein Beweis war, der bis in die tiefsten Tiefen schmerzte.

Kerkhoff rief sogleich den Mietwagenbesitzer an.

„Schicken Sie mir den schnellsten Wagen, den Sie zur Verfügung haben! Ich will nach Kufstein fahren."

Wenige Minuten später stand ein beigefarbenes Kabriolett vor seiner Tür. Der Besitzer steuerte selber.

„Neuer Wagen?" fragte Kerkhoff, Platz nehmend.

Der Mann erzählte, das Kabriolett habe Rainer Vidor gehört, demselben, der jetzt am Totenkirchl abgestürzt sei. Er habe es ihm Mitte Juli zur Reparatur übergeben. Vor fünf Tagen sei Vidor auf einen Sprung bei ihm gewesen und habe ihm den Wagen gegen ein Spottgeld überlassen. Der arme Kerl wollte nach Südamerika, sei aber bloß bis zum Wilden Kaiser gekommen . . .

„Es hat schon mancher das gesteckte Ziel nicht erreicht . . ." sagte Kerkhoff düster. Er brauchte nur an sich zu denken. Ursula Josephy hieß das Phantom. Es war eine fast aussichtslose Liebe, durch tausend Wünsche und Sehnsüchte genährt.

Da drüben stand der grüne Hochfelln. Er hatte die Stunde gesehen, in der ein verliebter Tropf jubelte: „Liebling, nun ist alles klar zwischen uns!" Es war ein Trugschluß, geboren im Rausch einer höhenseligen Stunde. Und heute? Diese himmelhochjauchzende Liebe hing an einem Haar . . . Würde sie stürzen in Tiefen, aus denen es kein Auferstehen gab? Sollte sie Vidor mit sich gerissen haben in den namenlosen Kamin auf halbem Wege zwischen zweiter Terrasse und Totenkirchl-Gipfel?

Wer konnte den Ausgang wissen?

Nicht einmal der, den es am meisten anging: Kerkhoff. Und doch war er ein Mann, stark genug, um sich sein Schicksal bis zu einem gewissen Grade selber zu formen. Aber es gibt auch auf der Lebensstraße des Mutigsten und Charakterfestesten Meilensteine, an denen er nicht vorbeikommt.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg